



## **Antrag**

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und SSW

### **Gedenken an die Brandanschläge in Mölln vor 30 Jahren**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag erinnert an die schwersten rassistischen Brandanschläge in Schleswig-Holstein, die sich am 23. November 1992 in Mölln ereigneten. Wir erklären uns mit den Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt solidarisch.

Bei den Mordanschlägen vor dreißig Jahren setzten die neonazistischen Täter zwei Wohnhäuser, in denen türkische Menschen wohnten, in Brand. Dabei wurden die 51-jährige Bahide Arslan, die zehnjährige Yeliz Arslan und die 14-jährige Ayse Yilmaz getötet. Neun Menschen wurden schwer verletzt.

Der Landtag gedenkt den Todesopfern und empfindet tiefes Mitgefühl mit den körperlich und seelisch verletzten Überlebenden sowie den Angehörigen der Opfer der Brandanschläge, die auch heute noch mit den Erinnerungen an diese Verbrechen leben müssen. Wir bedauern den Schmerz, der durch die Anschläge verursacht wurde, zutiefst.

Auch dreißig Jahre nach den Geschehnissen wollen und müssen wir uns in Erinnerung rufen, wer durch rechtsextreme Gewalt damals wie heute betroffen war und ist. Die Brandanschläge in Mölln vor 30 Jahren mahnen, uns als Repräsentantinnen und

Repräsentanten der wehrhaften Demokratie mit allen rechtsstaatlichen, demokratischen und im Grundgesetz verankerten Mitteln gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu stellen. Die Anschläge stehen nicht für sich allein, sondern sind Teil einer Serie von deutschlandweit verübten, rechtsextremen und rassistischen Taten. Auch bei dem Anschlag in Solingen 1993, der Mordserie des NSU zwischen 1999 und 2007, den Attentaten auf eine Synagoge in Halle 2019, der Tötung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019 oder dem Anschlag in Hanau 2020 töteten rechtsextreme und rassistische Täterinnen und Täter Menschen, deren Herkunft, Religion oder politische Überzeugung nicht in ihr Weltbild passten.

Gerade im Geschichtsbewusstsein um die nationalsozialistische Terrorherrschaft 1933 bis 1945 muss alles Bestreben der deutschen Gesellschaft sein, nie wieder rechte Gewalt zuzulassen. Denn die Würde des Menschen gilt universell, darf niemals in Frage gestellt oder vergessen werden – sie ist das Maß all unserer Handlungen.

Der Landtag begrüßt die umfangreichen Anstrengungen und Initiativen der Zivilgesellschaft und staatlicher Stellen im Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus. Aus Sicht des Landtags ist es erforderlich, weiterhin wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus zu ergreifen, um Gewalttaten wie die Brandanschläge in Mölln zu verhindern. Dabei müssen die Opfer rechter Gewalt und deren Schutz im Fokus aller Anstrengungen stehen. Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland sicher leben können und keine Gewalttaten fürchten müssen. Wir treten Diskriminierung, Rassismus und rechtem Gedankengut in unserer Gesellschaft entschieden entgegen und setzen uns für eine offene, tolerante, sichere und auf gegenseitigem Respekt basierende Gesellschaft ein. Den Verfolgungsdruck auf die rechte Szene halten wir weiterhin konstant hoch. Alle Menschen in Schleswig-Holstein müssen sich sicher fühlen können. Bedrohte und gefährdete Gruppen bedürfen eines besonderen Schutzes, den wir durch unsere Behörden sicherstellen werden.

Der Landtag unterstützt den Aufbau und die Vernetzung von Erinnerungsorten rechter Gewalt aus der jüngeren Geschichte sowie die Etablierung eines entsprechenden bundesweiten Netzwerks.

Wir unterstützen außerdem die Stadt Mölln und die zivile Stadtgesellschaft vor Ort in ihrem Bemühen, die Taten und ihre Folgen in Erinnerung zu halten und uns allen eine

Mahnung zu sein, alles zu tun, entsprechende Taten zukünftig zu verhindern. Dem Landtag ist ebenfalls ein Anliegen, dass den Opfern und ihrer Perspektive eine angemessene Berücksichtigung und der entsprechende Stellenwert im Gedenken eingeräumt wird.

Seyran Papo  
und Fraktion

Jan Kürschner  
und Fraktion

Niclas Dürbrook  
und Fraktion

Christopher Vogt  
und Fraktion

Lars Harms  
und Fraktion